

Brexit

Drei Lehren für die EU

von Michael Heise

Nach dem ersten Schock über den Ausgang des EU-Referendums in Großbritannien geht es nun darum, die Folgewirkungen für Europa und den Euro abzuschätzen. Derzeit überwiegen düstere Prognosen. Das Nein Großbritanniens zur EU werde zu vergleichbaren Referenden in anderen Ländern führen, in denen europakritische Stimmen aufgekommen sind, etwa in den Niederlanden, Frankreich oder der Tschechischen Republik. Eine Welle des anti-europäischen Populismus könne die EU oder gar den Euro zerfallen lassen. Laut einer Sentix-Umfrage fürchtet ein Viertel der Investoren, dass dies geschehen könne. Der Brexit, so die Pessimisten, sei der Anfang vom Ende des europäischen Projekts. Tatsächlich dürfte sich die Union als weitaus widerstandsfähiger erweisen als es die Pessimisten unterstellen.

Schon jetzt haben die Reaktionen auf Großbritanniens Referendum deutlich werden lassen, wie schwierig eine Trennung werden wird und dass sie mit wirtschaftlichen Einbußen einhergeht. Mehrere Jahrzehnte wirtschaftlicher Integration und politischer Zusammenarbeit haben zu einer tiefgreifenden Verzahnung der Volkswirtschaften geführt. Genauso wenig wie Großbritannien von heute auf morgen aus der EU austreten kann, kann sich die EU kurzfristig einfach ‚auflösen‘. Dafür sind die gemeinsamen Verbindungen ökonomisch und politisch einfach zu wichtig und zu verfestigt.

Es ist bei aller Kritik an der Europäischen Union auch nicht so, dass die meisten Europäer die Errungenschaften der Gemeinschaft leichtfertig aufgeben würden. Umfragen, die eine zunehmende Europamüdigkeit zeigen, weisen auch darauf hin, dass die meisten Europäer konkrete EU-Initiativen weiterhin unterstützten, etwa bei der Bewältigung der Migration, in sicherheitspolitischen Fragen, bei der Verbesserung der Infrastruktur oder im Umgang mit außenpolitischen Bedrohungen.

Viele Errungenschaften der EU sind über die Jahre zur Selbstverständlichkeit geworden, die Freiheiten des grenzüberschreitenden Handels, der Kapitalströme und der Arbeitnehmerfreizügigkeit. Länder aus Mittel- und Osteuropa, die für diese Freiheiten jahrelang gekämpft haben, sind voll und ganz in die Gemeinschaft integriert. Die europäische Integration fand jedoch in einer Zeit statt, in der sich die Globalisierung beschleunigte und ihre Auswirkungen immer deutlicher wurden: Mehr Wettbewerbsdruck auf den Gütermärkten und eine Internationalisierung der Finanzmärkte mit wiederholten Krisen setzten die Wirtschaftspolitik vielerorts unter Druck. Da wundert es nicht, dass viele Menschen in Europa die Fortschritte der EU mit den Auswirkungen der Globalisierung gleichsetzen. Insbesondere diejenigen, die sich in einer immer komplexeren und dynamischeren Welt benachteiligt fühlen, projizieren ihre Ängste und ihre Wut auf Brüssel. Europa darf solche Stimmungslagen nicht ignorieren und muss die richtigen Schlüsse ziehen.

Eine erste Konsequenz ist, die EU-Integration nicht auf Biegen und Brechen voranzutreiben. Die Vision einer immer engeren politischen Union entspricht nicht dem politischen Willen in vielen Ländern und auch nicht der Realität. Die EU wird flexibler, um sie letztendlich auch stärker politisch zu legitimieren.

Schon heute findet die Integration auf verschiedenen Ebenen statt. Nicht alle Mitgliedstaaten sind Teil des Schengener Abkommens, des Eurosystems oder der Bankenunion. Weitere Ausnahmen und Kompromisse werden notwendig sein. Ein solches Europa der verschiedenen Ebenen und Geschwindigkeiten erhöht zwar noch einmal die Komplexität des Einigungsprojektes. Aber es gibt der EU auch die Möglichkeit, ihre Akzeptanz in den Mitgliedsstaaten zu erhöhen.

Darüber hinaus muss der Grundsatz der Subsidiarität stärker als bisher Anwendung finden. Die supranationale Ebene sollte nur dann eingreifen, wenn gemeinsames Handeln tatsächlich Mehrwert schafft. Alle anderen Entscheidungen sollten auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene getroffen werden. In der Vergangenheit herrschte in Brüssel oft der Glaube vor, dass die Zentralisierung an sich das Ziel der europäischen Einigung sei. Das Resultat: Viele Europäer – und nicht nur in Großbritannien – nehmen die EU heute als einen bürokratischen Moloch wahr, der sich durch die Schaffung immer enger werdender Regularien definiert. Auch hier gibt es schon Schritte in die richtige Richtung. Zuletzt hat die Europäische Kommission bei der Initiierung neuer Gesetzgebungsverfahren klar zurückgehalten. Stattdessen ist sie eher bereit zu überprüfen, ob existierende EU-Regulierungen noch adäquat und zeitgemäß sind.

Mehr Subsidiarität und Flexibilität entspricht für viele Europapolitiker nicht dem Ideal einer engen politischen Union, aber die Priorität muss es jetzt sein, wieder mehr Bürger für das Projekt Europa zu gewinnen. Die EU braucht eine neue Erfolgsgeschichte. Es muss den Wählern deutlich werden, dass die Europäische Einigung weder die Ursache der Globalisierung ist, noch für deren Auswirkungen auf Arbeitsmärkte und Einkommensverteilung verantwortlich gemacht werden kann, sondern diese Auswirkungen abzufedern und zu begrenzen vermag. Globalem Wettbewerbsdruck und technologischem Wandel zu begegnen, ist zwar in erster Linie die Sache der nationalen Regierungen. Aber die EU hat einige Instrumente zur Verfügung und sollte diese bei Bedarf konsequenter und zielgerichtet einsetzen.

Zu nennen sind die europaweite Zusammenarbeit in Forschung und Bildung, Ausbildungsprogramme für junge Arbeitslose, Investitionsfonds für grenzüberschreitende Infrastruktur und digitaler Netzwerke, Wagniskapital für Start-ups und die Unterstützung für strukturschwache Regionen. Diese Instrumente können Europas wirtschaftliche und soziale Probleme nicht lösen, aber sie können die nationale Wirtschaftspolitik unterstützen. Man darf keine unrealistischen Versprechungen machen. Aber wenn die EU weniger ankündigt und mehr handelt, kann sie auch mittelfristig ihre Legitimationskrise überwinden.

Der Weg dahin wird nicht einfach sein. Die Erfolge der Europäischen Union werden kleiner und weniger spektakulärer ausfallen, gemessen an den großen Vertragsänderungen und institutionellen Neuerungen, die die Integration in den letzten 60 Jahren vorangetrieben haben. Das bedeutet jedoch nicht das Ende der EU. Im Gegenteil, wahrscheinlich ist eine Konsolidierungsphase sogar notwendig, um die Errungenschaften der EU auf lange Sicht zu bewahren. Für Investoren und Unternehmer bedeutet das, die Messlatte zur Beurteilung der Integrationsfortschritte der EU ein paar Stufen niedriger anzulegen. Es besteht kein Grund zur Aufregung,

wenn sich die Staats- und Regierungschefs beim nächsten EU-Gipfel nicht auf einen eindrucksvollen, neuen Integrationsplan einigen und zunächst die derzeitigen Probleme pragmatisch angehen. Das könnte einfach bedeuten, dass Europa dabei ist, die wahre Lektion aus dem Brexit zu lernen.

Michael Heise ist Chefvolkswirt der Allianz SE

Link:

http://www.focus.de/finanzen/experten/heise/pragmatische-schritte-nach-dem-brexit-so-koennen-alle-mitgliedsstaaten-die-eu-jetzt-festigen_id_5764336.html